

http://www.swp.de/bietigheim/lokales/landkreis_ludwigsburg/Buergerenergie-wird-ausgebremst;art1188795,3446433

Kreis Ludwigsburg

"Bürgerenergie wird ausgebremst"

Der Planungsausschuss der Region hat mit seinen jüngsten Beschlüssen der Windkraft im Landkreis einen kräftigen Dämpfer versetzt (die BZ berichtete). Wir sprachen mit Heinrich Blasenbrei-Wurtz, einem der Protagonisten der Ökoenergie im Kreis, über die Folgen.

UWE MOLLENKOPF | 25.09.2015



Engagiert in Sachen Windkraft: Heinrich Blasenbrei-Wurtz.

Info

Heinrich Blasenbrei-Wurtz, Bauingenieur im Ruhestand und wohnhaft in Besigheim, ist seit 25 Jahren aktiv im Umweltschutz und der Ökoenergiebewegung. Er war 20 Jahre als selbstständiger Unternehmer im Bau von Energieeffizienz- und Erneuerbaren Energieanlagen aktiv. Er ist Aufsichtsratsvorsitzender der Genossenschaft, die in Kirchheim ein Windrad bauen will, und der Energiegenossenschaft in Ingersheim, außerdem Mitglied des Aufsichtsrats der Bönningheimer Windkraft-Initiatoren.

Laut den Empfehlungen des Planungsausschusses der Region Stuttgart soll nur ein neues Vorranggebiet für Windkraft im Landkreis Ludwigsburg - in Korntal-Münchingen/Schwieberdingen - im Regionalplan zugelassen werden. Ingersheim genießt Bestandsschutz. Kommt dieser Beschluss für Sie überraschend?

HEINRICH BLASENBREI-WURTZ: "Ja, das kam überraschend. Ich habe nicht damit gerechnet, dass die Damen und Herren so radikal die Planungskulisse rasieren würden, dass letztlich von zehn geplanten Standorten nur noch einer übriggeblieben ist."

Welche Folgen hätte es für die Energiewende in Baden-Württemberg, sollte die Regionalversammlung den Beschluss bestätigen?

"Wenn diese Entscheidung bestätigt wird, dann ist das ein völlig falsches Signal. Energiewende heißt ja auch weg von zentralen Großstrukturen hin zu kleinen dezentralen Erzeugungseinheiten. Strom soll möglichst dort erzeugt werden, wo er auch verbraucht wird. Transport- und Wandlungsverluste sollen möglichst verringert werden. Je größer die Erzeugungseinheit, beispielsweise Off-Shore-Windanlagen, umso größer die Übertragungsanstrengung und umso größer die Verluste. Ein weiterer Gesichtspunkt ist, dass auch die Bürgerenergie ausgebremst wird. Die Mehrheit im Planungsausschuss hat nach dem Motto entschieden "Big is beautiful". Wir wissen aus der Vergangenheit, dass das ein Fehler ist."

Hauptargumente der Ausschussmehrheit waren die geringen Windgeschwindigkeiten und die kleinen Flächen der Vorranggebiete im Kreis.

"Ab zirka 5,2 Meter pro Sekunde ist der Wind ausreichend, und an etlichen Standorten im Kreisgebiet wären zwei Anlagen möglich. Das gilt für Ingersheim, Bönningheim und Kirchheim."



Das Windrad der Energiegenossenschaft in Ingersheim. Weitere Genossenschaften stehen in den Startlöchern, werden aber durch die Beschlüsse des Planungsausschusses der Region gebremst.

Unter welchen Voraussetzungen lohnt sich denn ganz allgemein der Bau eines Windrads?

"Eine Windanlage lohnt sich, wenn die Erzeugungskosten bei zirka sieben bis acht Cent pro Kilowattstunde liegen. Das ist bei modernen Maschinen bei etwa 5,2 Meter pro Sekunde möglich. Nimmt man jetzt beispielsweise Ingersheim und berücksichtigt, dass diese Anlage drei Jahre alt ist und drei Millionen Kilowattstunden im Jahresmittel erzeugt, dann würde ein aktuell ganz modernes Windrad bei nur etwa 20 Prozent Mehrkosten ungefähr den doppelten Ertrag bringen. Dazu noch eine grundsätzliche Anmerkung: Laut Umweltbundesamt betragen die externen Kosten von Kohle und Atomstrom rund zehn Cent pro Kilowattstunde. Wenn es nun ein gerechtes Vergütungssystem geben würde, wäre eine Windkraftanlage auch bei deutlich weniger als fünf Metern pro Sekunde lohnend."

Wie unterscheiden sich die Erwartungen der Energiegenossenschaften in Bürgerhand von denen großer Investoren?

"Kleine, von Bürgergenossenschaften betriebene Anlagen kommen mit einer Rendite von zwei Prozent aus. Investoren, die das kommerziell machen, haben einen höheren Aufwand. Man geht davon aus, dass sie mindestens fünf Prozent Rendite erwirtschaften sollten."

Gründe gegen Windräder im Kreis sind auch der Natur- und Artenschutz und Konflikte mit der Bevölkerung. War es aus Ihrer Sicht nicht von vornherein ein Fehler, in einem mehrfach geschützten Gebiet wie dem Stromberg Standorte auszuweisen?

"Ich komme aus dem Naturschutz. Ich bin zu dem Schluss gekommen, dass der ganze Arten- und Naturschutz nichts taugt ohne den Klimaschutz. Denn global betrachtet ist der Treibhauseffekt die größte Bedrohung der Arten beziehungsweise der ganzen Biosphäre. Natürlich muss in jedem Einzelfall untersucht und abgewogen werden. Der Stromberg wäre der windhöufigste Standort im Kreis Ludwigsburg. Dann darf man doch auch die Machbarkeit untersuchen und einen möglichen Kollisionskurs erst einmal begutachten."

Wie stehen Sie zu der auf der Sitzung erhobenen Forderung, einen Mindestabstand von 1000 Metern zu Siedlungen einzuhalten?

"Alle gesetzlichen Auflagen können bei 700 Meter Abstand zur Wohnbebauung gut eingehalten werden. Warum dann auf 1000 Meter erweitern? Auch in 1000 Meter Entfernung sieht man die Anlagen, und die meisten Gegner wollen sie einfach nicht sehen. Die Erfinder des 1000-Meter-Abstands wissen genau, dass im dicht besiedelten Baden-Württemberg dann nur noch die Hälfte der Anlagen gebaut werden könnte."

Macht es Sinn, auch ohne Bestehen eines regionalen Vorranggebiets einen Genehmigungsantrag für ein Windrad zu stellen, was laut dem neuen Landesplanungsgesetz der Landesregierung möglich ist, und auf die Billigung durch die Genehmigungsbehörden zu hoffen?

"Grundsätzlich, ja. Laut Landesplanungsgesetz ist das ja möglich. Natürlich muss man sich das im Einzelfall gut überlegen und mit der Genehmigungsbehörde, das heißt dem Landratsamt, abwägen, ob ein solcher Schritt erfolgversprechend ist."

Herr Blasenbrei-Wurtz, vielen Dank für das Gespräch!